

meßter das Wort zu erhalten. Der Stadtrat hat dagegen Klage erhoben mit dem Antrage, den Stadtverordnetenbeschluss vom 10. Oktober, durch den der Einspruch des Stadtrats zurückgewiesen worden war, als gelehrig anzusehen. Das Verwaltungsgericht bei der Kreisbauhauptschaft Dresden hat den Stadtrat mit seiner Klage abgewiesen. Die Stadtverordneten hätten sich mit Recht auf die im Kommentar von Streitz zur Gemeindeordnung gegebene Auslegung von § 4 Abs. 3 bezogen. Es würde nicht durchführbar sein, wenn nach Schluß der Ausschüsse und nach Erledigung des Schlusswortes wiederum Erklärungen des Stadtrates erfolgten und dadurch nach Binden tatsächlich eine neue Debatte hervorgerufen würde, während doch die Aussprache zu Ende sein sollte.

Böhmen. 92 Jahre alt. Heute, am 5. Januar, kann die hier wohnhafte Frau Amalie verw. Schneider bei verhältnismäßig guter Gesundheit ihren 92. Geburtstag feiern. Sie ist die älteste Ortsbewohnerin.

Ränigkeit. Vermitt. Seit der Silvesternacht wird der beim hiesigen Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigte Arbeiter Knapik vermisst. Da die Vermutung besteht, daß Knapik einem Unfall oder einem Selbstmord zum Opfer gefallen ist, wurde am Dienstag von 80 Arbeitsdienstlichen eine Streife durch das Reichsgrundgelände bei Bad Schandau, wo der Vermisste zuletzt gesehen worden sein soll, vorgenommen. Die Streife verlief ergebnislos. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

Brand-Erbsdorf. Waffen- und Munitionsfunde. Die hiesige Polizei war von Waffenschiedungen und Schmuggel in der Tschadowawater unterrichtet worden. Daraus unternahm sie eine genaue Untersuchung, die dazu führte, daß auch bei dem Führer des Reichsbanners in Brand-Erbsdorf, Fröbel, Waffen gefunden wurden. Fröbel hatte in dem Brand-Erbsdorfer Gebäude der in Konkurs geratenen Konsum- und Spargenossenschaft, in eine Kiste verpackt, Revolver und Munition versteckt. Auch beim ehemaligen Verwalter Bruno Meyer wurden Waffen und Munition gefunden. Die Beteiligten haben auch dem Führer des Reichsbanners in Langenau Waffen abgegeben. Es handelt sich insgesamt um 13 Revolver und zahlreiche Munition. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Verhaftet wurde niemand, da die Beteiligten ein Geständnis abgelegt haben.

Wilschowsberda. Nach ein Opfer des Tabaks. Von der wegen Inhabungs-Erkrankung ins Bauhener Stadtfrankenhaus überführten Familie Heide aus Wilschowsberda ist nun auch die im 53. Lebensjahre lebende Mutter nach schwerem Leiden ihrer wenige Wochen zuvor gestorbenen 17-jährigen Tochter nachgeliefert, so daß die tödliche Krankheit insgesamt zwei Todesopfer gefordert hat.

Großschönau. Tödtlich verunfallt. Der 25 Jahre alte Sattlergehilfe Ulrich Klotz aus Großschönau war während eines Weihnachtsurlaubs in der Gegend der Grotte bei der Himmelsburg in der Nähe von Kitzsch am 2. Dezember verunglückt. Er fiel von einer Höhe von etwa 20 Metern in den Kitzschsee. Er wurde sofort von einem Boot aus der Grotte geborgen, aber die Verletzungen waren so schwer, daß er am 10. Dezember in der hiesigen Krankenhaus starb.

Baucha. 25 Jahre im Dienst der Post. Am Montag konnte der Hauptpostmeister Hermann Kise vom Bauhener Tagblatt sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Der Jubilar, der im 50. Lebensjahre steht, ist auch als Demoskriptist, Musik- und Theaterkritiker hervorgetreten. Verlag und Schriftleitung des Bauhener Tagblattes brachten ihm an seinem Ehrentage ihre Glückwünsche unter Überreichung von Ehrengaben zum Ausdruck.

Baucha. Dramatiker vor die Front: Baucha sucht ein Festspiel. Der Stadtrat schreibt nunmehr einen Festspielwettbewerb für die in der Pfingstwoche vom 2.-11. Juni stattfindende Bauhener Jahrtausendfeier aus. Das Festspiel soll Bezug auf die Stadt Baucha haben und sich ebenso für Freilichtaufführungen wie für Aufführungen in einem geschlossenen Theater eignen. Es ist sowohl ein in sich geschlossenes dramatisches Werk wie auch die Form einer Revue zugelassen. Gegebenenfalls kann das Stück auch mit Musik verbunden sein. Die Ausschreibung wendet sich in erster Linie an Kaufmännische Schriftsteller, doch sind auch andere Bewerber zugelassen. Entwürfe sind bis spätestens 15. März an die Stadt einzuweisen. Es sind folgende Preise ausgesetzt: 1. Preis 500 Mark, 2. Preis 250 Mark, 3. Preis 150 Mark, 4. Preis 100 Mark.

Baucha. Um die Nachfolge von Sup. Fröbel. Zur Besetzung der 1. Pfarrstelle an der St. Petrikirche in Baucha nach dem Weggang von Sup. Fröbel war von der Mehrheit der Kirchengemeinde der Wunsch ausgesprochen worden, das Konsistorium möge als einzigen Bewerber den bisherigen zweiten Geistlichen der Gemeinde, Pfarrer Berg, benennen. Gegenüber diesem Wunsch setzten jedoch Gegenkräfte einen etwas künstlich genährten Widerspruch entgegen zu haben. Das Konsistorium will deshalb in der üblichen Weise drei Kandidaten zur Wahl stellen. Die Wahlfrist für die Bewerbung läuft am 20. Januar ab.

Witzsch. Ausscheidungs eines Schornsteinfegers. Die Gewerbesteuern Witzsch ließ dem Schornsteinfegermeister Hermann Kise in Großschönau durch den Kammerpräsidenten des 50-jährigen Meisterjubiläum durch den Kammerpräsidenten des Ehrenmeisters überreichen, sowie die Ehrenurkunde des Schornsteinfeger- und Schornsteinfegervereins. Die Ehrenurkunde ernannte den Jubilar zu ihrem Ehrenmitglied.

Witzsch. Die Stadt ohne Bürgermeister. Am Sonntag nachmittag war die Dienstadt unseres Bürgermeisters Orpohl, der bekanntlich nicht wieder gewählt wurde abgelaufen. Gegen den Wahlakt und die Art, der Wahl bei der Neuwahl des Bezirksdirektors Bernhardt-Rothlich zum neuen Bürgermeister war von der linken Fraktion Einspruch erhoben worden, der vom Bezirksausschuss abgelehnt worden war. Der Einspruch ist dann an das Oberverwaltungsgericht Dresden weitergeleitet worden, wo er angehängt ruht und auch kaum vor Ende Februar bis Mitte März zur Beratung kommen dürfte. Bis dahin ist unsere Stadt ohne einen direkten Bürgermeister und werden die Geschäfte wahrscheinlich vom stellvertretenden Bürgermeister, Stadtrat Dominik, ausgeführt werden, wenn es nicht die Aufsichtsbehörde für notwendig hält, einen besonderen Beamten bis zur endgültigen Regelung der Bürgermeisterfrage einzusetzen.

Witzsch. Frau vermisst. Justizrat Schneider ist im Alter von 85 Jahren nach schwerem Leiden gestorben. Die Heimgegangene war durch ihre Viehhaltung im Hofen Witzsch in ganz Sachsen bekannt. Sie war Ehrenmitglied im Direktorium des Albertzweiervereins zu Dresden sowie Mitglied im Vorstand des Ehrenvorsitzende im hiesigen Albertzweierverein.

Chemnitz. Selbstentzündung eines Brandstifters. Am Dienstag früh brannte in Langenleuba-Oberhain eine Feldscheune, in der Gratevorkräte und landwirtschaftliche Maschinen untergebracht waren, nieder. Noch am gleichen Tage stellte sich ein blicker bei dem Bekker der Scheune beschäftigt gewesener 28 Jahre alter landwirtschaftlicher Arbeiter bei der Kriminalpolizei und gab an, die Scheune vorläufig angezündet zu haben. Er wurde der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Es dürfte sich um einen Racheakt handeln.

Chemnitz. Der Rat der Stadt Chemnitz erklärte sich in seiner letzten Sitzung damit einverstanden, daß die Stadt aus Mitteln der Arbeitsbeschaffung für den Ausbau der Ausfallstraße nach Leipzig ein Darlehen in Höhe von 246 400 Mark aufnimmt. Das Reich soll die Verzinsung und Tilgung des Darlehens für die Dauer der ersten fünf Jahre übernehmen. Der Ausbau der Straße

war schon wiederholt erörtert worden, da sich in letzter Zeit auf der für den modernen Verkehr zu schmalen Straße zahlreiche Verkehrsunfälle ereignet haben.

Chemnitz. 25 Jahre Zeitungserheber. Der Inhaber des „Deutscher Volksboten“, Zeitungserheber Bernhard Hiel, feierte heute sein 25-jähriges Geschäftsjubiläum. Hiel ist als Verleger und außerdem als Sänger — er ist Vorsitzender der Gruppe 9 des Arbeitervereins — ein bekannter und geschätzter Persönlichkeit.

Chemnitz. Mutter mit ihrem Sohn in den Tod. Heute morgen wurden die Leiche der 30er Jahre lebende Frau Labmann, Bekkerin eines Wäbelschiffes, und ihr 11-jähriger Sohn tot aufgefunden. Die Frau hatte sich mit ihrem Sohn durch Leuchtgas vergiftet. Der Grund zu dieser Verzeihung ist unbekannt. Der Ehemann befindet sich, wie verlautet, seit einiger Zeit in der Nervenklinik in Schandau.

Witzsch. Die Angelegenheit Soanatz vor dem Preussischen Landtag. Die Angelegenheit des indischen Arztes Dr. Soanatz, der im Sommer 1931 verschiedene Ärzte in der Amtshauptmannschaft Witzsch während ihres Urlaubs vertrat, wird nunmehr, wie aus Berlin gemeldet wird, auch den Preussischen Landtag beschäftigen. Die erinnerlich, wurde Soanatz im September 1931 im Sprechzimmer von Dr. Sieber in Witzsch verhaftet, weil er sich des Betruges gegenüber Krankenschwestern schuldig gemacht hatte, und am 23. Mai 1932 vom Landgericht Witzsch rechtskräftig verurteilt. Nunmehr ist im Preussischen Landtag von nationalsozialistischer Seite eine Anfrage eingegangen, warum Soanatz, gegen den auch in Breslau ein Verfahren schwebte, die Approbation in Deutschland erhalten habe. Das Staatsministerium wird um Auskunft gebeten, ob es bereit sei, die Erteilung der Approbation rückgängig zu machen. Bekanntlich hat der ärztliche Bezirksverein Witzsch-Land die Ausweisung Dr. Soanatz aus dem Deutschen Reich beantragt.

Waffen- und Munitionsfunde

Freiberg. Die Polizei in Brand-Erbsdorf war von Waffenschiedungen und Schmuggel aus der Tschadowawater unterrichtet worden. Daraus unternahm sie eine genaue Untersuchung, die dazu führte, daß auch bei dem Führer des Reichsbanners in Brand-Erbsdorf, Fröbel, Waffen gefunden wurden. Fröbel hatte in dem Brand-Erbsdorfer Gebäude der in Konkurs geratenen Konsum- und Spargenossenschaft, in eine Kiste verpackt, Revolver und Munition versteckt. Auch beim ehemaligen Verwalter Bruno Meyer wurden Waffen und Munition gefunden. Die Beteiligten haben auch dem Führer des Reichsbanners in Langenau Waffen abgegeben; es handelt sich insgesamt um dreizehn Revolver und zahlreiche Munition. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Verhaftet wurde niemand, da die Beteiligten ein Geständnis abgelegt haben.

Halle. Sprengstofffunde. Bei verschiedenen Mitgliedern der KPD in Debes-Schlehtewitz im Kreis Merseburg wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und bei dem Kommunisten Adler 33 Pakete Ammonit gefunden. Ueber die Herkunft des Sprengstoffs ist noch nichts genaues bekannt. Adler, der Funktionär der KPD ist, wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Gera. Verwaltungsjustiz. Im Einvernehmen mit dem Thüringischen Ministerium des Innern hat der Staatsbeauftragte für die Stadt Gera eine Verfügung erlassen, durch die die Stadtbank Gera mit dem 1. Januar 1933 mit Aktien und Passiven auf die Stadtparität Gera übergeht. Die Stadtparität wird künftig die Bezeichnung „Stadtparität der Stadt Gera“ führen. Die Bankgeschäfte werden von der neuen Stadtparität weitergeführt. Das gesamte unbewegliche Vermögen und das bewegliche Sachvermögen der Stadtbank gehen auf die Stadt über. Die Entscheidung über die personellen Veränderungen, die sich aus dieser Verfügung ergeben, behält sich der Staatskommissar vor.

Hodenbach. Postgeldbetrug. Auf dem Bahnhof. Aus Hodenbach wird dem Teulonia-Sachverständigen gemeldet: Auf dem Hodenbacher Bahnhof wurde ein Postbeutel mit Geldbriefen im Gesamtwert von über 18 500 Kronen veruntreut. Der Diebstahl war dadurch möglich, daß der Dieb in Postuniform erschien und sich als Postbeamter ausgab. Der in dem Beutel befindliche Betrag war für die Auszahlung der Eisenbahnangehörigen in Wiedergang bestimmt. Der Beutel wurde gegen die ordentliche normale Bestätigung dem Manipulanten des Postwagens der reichsdeutschen Bahn übergeben. Eine Minute vor Abfahrt des Zuges kam jedoch, wie nun festgestellt wurde, ein Mann mittleren Alters gelaufen, dessen Identität bisher noch nicht ermittelt werden konnte. Er stellte sich als Postsekretär vor und forderte den Beutel, da dieser nach dem Verzeichnis überzählig sei und nicht zu dieser Postsendung gehöre. Der Beamte leistete der Aufforderung Folge und übergab den Beutel dem Unbekannten. Erst in Schandau machte er von der Herausgabe des Beutels seinem Kollegen Mitteilung, der Verdacht schöpfte und nach Hodenbach telephonierte. Erst jetzt stellte sich heraus, daß ein trecher Betrugsfall vorliegt. Die sofort aufgenommene Untersuchung hat bisher aber noch zu keinem Ergebnis geführt.

Ämlicher Sitzungsbericht

von der 1. und 2. öffentlichen Sitzung der Gemeindeverordneten der Gemeinde Zeitz am 2. Januar 1933 in der hiesigen Festungshalle.

Vorabgeschickt sei, daß der Zuschauerraum bereits lange Zeit vor Beginn der Sitzung gefüllt war und schließlich geschlossen werden mußte, so daß eine große Anzahl Zuschauer keinen Zutritt erhalten konnten.

Die erste, konstituierende Sitzung der neugewählten Gemeindeverordneten wurde von Herrn Bürgermeister geleitet, der die Herren Verordneten nach entsprechendem Hinweis auf ihre Pflichten und dem Ausdruck des Wunsches zur objektiven Arbeit zum Wohle der Gemeinde, mittels Handschlag verpflichtete und in ihr Amt einweihete. Vor der Wahl des Vorstandsvorsitzenden und Stellvertreters nahm man Kenntnis von der Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen Einheitsliste und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Auch die beiden gewählten Vize der Sozialdemokratischen Partei erklärten den Zusammenschluß zu einer Fraktion.

Hierauf führte Herr Verordneter Meißner aus, daß die bürgerliche Fraktion bei der Wahl des 2. stellv. Vorsitzenden für einen Vorschlag der linken Fraktion stimmen werde, falls die linke Fraktion bei der Wahl des 1. Vorsitzenden für den Vorschlag der rechten Fraktion stimme. Durch Zuruf wird hierauf Herr Verordneter Clemens Marx mit 7 gegen 6 Stimmen der linken Fraktion zum Verordneteren Vorsteher gewählt. Da bei diesem Wahlgang die linke Fraktion ihre Zustimmung zur Wahl des Herrn Marx verweigerte, nahm die rechte Fraktion auch den stellv. Vorsteher

posten für sich in Anspruch und wählte ebenfalls mit 7 gegen 6 Stimmen Herrn Otto Marx als Stellvertreter. Mit dieser Tagesordnung war die erste Sitzung beendet, der sich sofort eine zweite öffentliche Sitzung anschloß.

Vor Eintritt in die Beratung gelangte eine Eingabe der linken Fraktion zur Verlesung, womit gegen die Behandlung des Pkt. 4 der Tagesordnung, der Änderung der Gemeindeverfassung und Geschäftsordnung vorliegt, Einspruch infolge Nichtvorberatung im Verwaltungsausschusse erhoben wird. Pkt. 4 wird hierauf vertagt.

Auch die Wahl des stellv. Standesbeamten wird von der heutigen Tagesordnung abgesehen, da sich erst eine Erörterung notwendig macht.

In Pkt. 1 der Tagesordnung beschäftigte sich das Verordnetenkollegium mit der Nichtigprechung der Gemeindeverordnetenwahl und mit der Behandlung eines Einspruchs. Nachdem Herr Vorsteher Marx über den Ausgang der Gemeindeverordnetenwahl berichtet hatte, kam der gegen das Wahlergebnis von Herrn Verordneten Padan erhobene Einspruch zur Behandlung. Die Rechtsgültigkeit des Einspruchs wurde von mehreren Seiten angezweifelt, da die Unterschrift nicht handschriftlich vollkommen ist. Herr Verordneter Schüle erhebt mündlich gegen die Wahlteilnahme der Einwohner des Gutsbezirks Einspruch. Schließlich wird die Verordnetenwahl mit 7 gegen 6 Stimmen richtiggeprochen und der Einspruch des Herrn Padan mit gleichem Stimmenverhältnis zurückgewiesen.

Als Protokollant wird wiederum Herr Meiß und als Stellvertreter Herr Görtner gewählt.

Auf Vorschlag der rechten Fraktion wird Herr Verordneter Meißner einstimmig als 1. stellv. Bürgermeister und Herr Verordneter Wagner auf Vorschlag der linken Fraktion als 2. stellv. Bürgermeister gewählt.

Wahl der Ausschüsse. Bei der Wahl der Mitglieder für den Finanz- und Verwaltungsausschuss entspann sich ein reger Meinungsaustrausch zwischen beiden Fraktionen, da die rechte Fraktion 4 Vertreter beanpruchte und der linken Fraktion nur 2 Vertreter (einschließlich Gemeindevorsteher) zustellte. Dieses Verhältnis ergab auch die mittels Stimmentafel vorgenommene Wahl.

Herr Verordneter Wagner erhebt hierauf gegen dieses Ergebnis auf Grund von § 8 der Gemeindeverfassung und § 80, 81 der Gemeindeordnung Einspruch, da das Ergebnis ungesetzlich sei und führt weiter aus, daß die linke Fraktion Anfechtungsbefugnisse führen werde. Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß unter Pkt. 4 der Tagesordnung ein Aenderungsantrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich der Zusammenfassung des Verwaltungsausschusses eingereicht war, der jedoch auf Antrag der linken Fraktion vertagt wurde.

Die Wahlen zum Bau-, Feuerlösch-, Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss erfolgten dem Verhältnis entsprechend. Die Hinzunahme je eines Vertreters der Vermieter und Mieter zum Wohnungsausschuss wird nach Anhören der betreffenden Organisationen in der nächsten Sitzung vorgenommen werden; gleichfalls auch die Vertreter der Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten zum Wohlfahrtsausschuss, für die bereits schriftliche Anträge der Korporationen vorliegen, deren sofortige Behandlung jedoch mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde.

Der im Antrag 3 der bürgerl. Arbeitsgemeinschaft erwünschten Lieferung entsprechender Zeitungen an die nationalsozialistischen Herren Verordneten wird einstimmig Rathgegeben. Es handelt sich hierbei nur um einen zusätzlichen Beschluß, da die übrigen Vertreter der anderen Parteilichungen bereits Zeitchriften geliefert bekommen.

Antrag 4 der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der vorliegt, daß alle Anträge, die eine Neueinführung von Ausgaben oder Senkung von Einnahmen zum Gegenstande haben, nur dann beraten werden, wenn damit gleichzeitig ein Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden ist, erfährt einstimmige Annahme.

Antrag 5 der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft verlangt die Aufstellung eines amtlichen Sitzungsberichtes über Verordneterenentscheidungen durch den Schriftführer. Die Berichte sollen dann nach Prüfung durch den Bürgermeister oder Verordneterenvorsteher den ortsbildlichen Zeitungen zur Veröffentlichung zugeleitet werden. Der Antrag findet mit 7 gegen 6 Stimmen Annahme.

Die Niederschrift von der am 29. 12. Kattacefundenen nichtöffentlichen Verordneterensitzung, die nachträglich für öffentlich erklärt wurde, gelangt zum Vortrag.

Für die Prüfung der Jahresrechnung 1932/33 wird die bereits gewählte, im letzten Kollegium wiederum vertretene Kommission beibehalten. Mit der Prüfung der Jahresrechnung 1931/32 werden die Herren Verordneten Bahner, Wagner und Vorsteher Marx betraut. Die Prüfungen sollen schnellstens zu Ende geführt werden, damit bei Aufstellung des Haushaltsplanes alle Abchlüsse vorliegen.

An Hand einer Verfügung der Amtshauptmannschaft Großenhain berichtet Herr Vorsteher Marx über die am 12. Februar 1933 vorzunehmende Wahl der Vertreter für den Bezirksausschuss.

Auf Vorschlag des Herrn Verordneten Mittenzwei sollen die bestehenden Ortsabsehe dem Verordnetenkollegium zugänglich gemacht werden, um dieselben einer Prüfung unterziehen zu können, bez. veraltete Festlegungen zu erneuern.

Sonnenminister Richter in Berlin.

Dresden. (Funkpruch.) Der Minister des Innern Richter hat in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Mittel und des Ministerialrates Dr. Hoppe gestern an der Vändersbesprechung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung in Berlin unter dem Vorsitz des Reichskommissars Dr. Berke teilgenommen und sich darin bemüht, daß die Bedingungen für die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze für sachliche Verhältnisse erträglich gestaltet werden. Die Entscheidung über die vorgeschlagenen Wünsche liegt beim Reichskabinett. Nachmittags wurden die Herren vom Reichsarbeitsminister Dr. Strupp und Staatssekretär Dr. Wietzer an einer Aussprache über schwebende Fragen der Arbeitsbeschaffung, Wohnungswirtschaft, Arbeitszeit und Arbeitslohn teilgenommen.

Die angebliche Besprechung des Reichsanstalters mit Straker.

Berlin. (Funkpruch.) In den verschiedenen Meldungen über eine Besprechung des Reichsanstalters mit Herrgott Straker, die gestern Kattacefundenen haben soll, oder anderen Versionen nach noch in Aussicht steht, wird von ausländischer Stelle erklärt, daß weder von einer Kattacefundenen Aussprache noch von derartigen Absichten bekannt ist.

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit



NIVEA CREME

oder aber mit NIVEA-ÖL